

Bezugspreis:

Wochenschriftlich
durch Posten 3,80 Mk.
Bei den Postämtern
zusätzl. Briefgeld
3 Mk.

erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonntags- und
Feiertage.

Druck und Verlag
H. Chr. Sommer,
Bad Gmünd.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amptlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 294

Bad Gmünd, Montag, den 22. Dezember 1919

71 Jahrgang

Die Friedensverhandlungen.

Der Streit in den Vereinigten Staaten.
Nach einer Meldung aus Washington soll man dem Friedensvertrag die endgültigen Grundzüge geben, die während der Weihnachtsferien aufgestellt werden. Die Demokraten und Republikaner des Senats wollen der Versammlung Anfang Januar zuvorkommen. Man glaubt, die Republikaner werden ihre Ansicht unter dem Druck der öffentlichen Meinung ändern. Wilsons Erklärung wird als Versuch angesehen, Lodge zur Kompromissnahme zu zwingen. Andererseits könnten die Republikaner bei Wilsons Weigerung sagen, sie seien für den missglückten Friedensvertrag nicht verantwortlich. Weigert sich Lodge jedoch, dann können die Demokraten dasselbe Argument anführen. Offenbar waren Lodge und Wilson gegenseitig auf die Initiative des anderen. Vermutlich sind jedoch genügend Republikaner und Demokraten für die Annahme des Vertrages in der einen oder anderen Form. Es sind nur 11 Republikaner, die den Vertrag wirklich ohne Rücksicht auf die Folgen ablehnen wollen. Im Senat wurde eine zur Hälfte aus Republikanern und zur Hälfte aus Demokraten bestehende nicht offizielle Kommission gebildet, die das Kompromiss vorbereiten soll. Senator Lodge oder Hitchcock werde in dieser Kommission vertreten sein. Die Mitglieder der Kommission sollten, namentlich einen Entwurf für den Kompromiss zustande zu bringen und eine Einigung über diejenigen Punkte herbeiführen, die für beide Parteien annehmbar sind. Die meisten Demokraten sind für den Kompromiss. Der Demokrat Underwood, ein konfidentielles Mitglied in der Führung der Partei, erklärte sich zugunsten der Ratifikation, selbst wenn es nötig sei, den Völkerbundvertrag auf dem Friedensvertrag zu setzen. Man müsse Frieden haben, sonst stehe es für den Handel Europas schlecht. Man müsse gemäßigtere Vorbehalte machen und dürfe die Vorbehalte Lodge nicht annehmen. Das ganze Land fordere immer dringender die Ratifikation. Underwood hat den Plan ausgearbeitet, wodurch es, wie er hofft, möglich sein wird, noch vor Weihnachten zu ratifizieren.

Die Sühne für Scapa Flow. In der Frage der Lieferung von Hafenmaterial lässt der Senat der Vereinigten Staaten zu, der Stand der Verhandlungen eine Einigung erwarten. Das Journal sagt: „Die Entscheidung hängt jetzt hauptsächlich von der Meinung der Engländer ab, da sie die Frage hauptsächlich interessiert, weil der größte Teil dieser Neubauten ihnen zugesprochen werden muss. Deutschland behauptet, dass es im besten Falle im Stande sei, 100.000 Tonnen Hafenmaterial auszuliefern. Es schlug vor, nach 50.000 Tonnen neues Hafenmaterial zu bauen.“ Der Senat erklärte: Die deutsche Statistik wurde von der internationalen Sachverständigen angezweifelt. Die Deutschen waren aber in der Lage, überzeugende Beweise zu bringen, die ihre Behauptung inbetracht des verfügbaren Hafenmaterials in Deutschland den Tatsachen entsprechen. Unter diesen Umständen zeigten sich die alliierten Sachverständigen bereit, den Vorschlag der deutschen Regierung, die Lieferung des Hafenmaterials um die Hälfte zu ermäßigen, anzunehmen. Das sei aber nur der Beginn der Einigung. Es handelt sich jetzt darum, Kompensationen zu bestimmen, die Deutschland noch darüber hinaus liefern müsse.“ Der Petit Parisien sagt: „Die deutschen Sachverständigen erklärten auch, Deutschland könne die letzten Kreuzer nicht entbehren, da es sie zur Küstenbewachung notwendig habe. Sie boren dafür die im Bau befindlichen großen Kriegsschiffe an. Aber dieser Vorschlag wurde jedenfalls nicht angenommen. Der Gang der Verhandlungen zeige jedoch, dass eine Einigung in der einen oder anderen Form nicht unmöglich ist.“ Das deutsche Angebot, an Stelle der geforderten fünf letzten Kreuzer die im Bau befindlichen großen Schachtschiffe abzuliefern, ist von den Alliierten abgelehnt worden, da die im Bau befindlichen Dreadnoughts nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zerstört werden müssten und in dieser Hinsicht kein Zugeständnis möglich sei. Die fünf letzten Kreuzer müssen also abgeliefert werden.

Die Sachverständigen-Beratungen. Wie der Petit Parisien mitteilt, wird eine neue Sitzung der alliierten Sachverständigen mit den deutschen Sachverständigen über das zu liefernde Hafenmaterial wohl erst in zwei oder drei Tagen stattfinden. Offiziell wird mitgeteilt, dass die Unterhandlung dadurch veranlasst worden sei, dass gewisse Zahlenangaben der deutschen Delegierten erst nachgeprüft werden müssten. Inzwischen hat nach dem Petit Parisien der Kaiser an die deutschen Sachverständigen zwei Fragen gerichtet, einmal über die Docks in Danzig und dann über die Zeit, innerhalb der die deutschen Verften den Ersatz für die letzten Kreuzer und für die Schwimmboots bauen können.

Die Auslieferung des Kaisers. Daily Telegraph meldet: Lloyd George hat dem Obersten Rat das schriftlich, dass die Forderung an Holland auf Auslieferung des Kaisers enthält, in Form eines Entwurfs zur Prüfung vorgelegt. Das Auslieferungsbegehren soll unmittelbar nach der Ratifizierung des Friedensvertrages an die politische Regierung gestellt werden.

Der Wiederaufbau Rußlands.

Das neue Wiener Journal meldet, dass in Wien zwischen Vertretern der russischen Parteien und Verbandsvertretern Verhandlungen über den Wiederaufbau Rußlands auf demokratischer Grundlage eingeleitet worden sind. Als Voraussetzung für die Verhandlungen mit Moskau soll der Rücktritt Lenins und Trotskys sowie die Umbildung des Ministeriums durch die Volkskommissare Sinowjew und Tschichserin gelten. Es heißt, dass der tschechische Außenminister Dr. Benesch, der schon in Paris mit Kerenski konferiert hatte, und Dr. Krausnick ebenfalls

dennächst in Wien mit den Russen konferieren werden. Auch die polnische Regierung habe zu den Beratungen einen Delegierten entsandt. Ferner sei der nach dem ukrainischen Zusammenbruch noch Rumänien entflohenen russische Heerführer Petljura gestern plötzlich in Wien angekommen.

Das ist eine interessante Meldung. Unter der Voraussetzung, dass die Nachricht den Tatsachen entspricht, darf man annehmen, dass diese Verhandlungen von der größten Wichtigkeit für Rußland und für die an seinem Wiederaufbau interessierten Staaten sind. Ganz unwahrscheinlich klingen die Mitteilungen des Neuen Wiener Journals auch bezüglich der Bedingungen nicht, unter denen verhandelt wird. Es wird der Rücktritt von Lenin und Trotski gefordert, ein Einsetzen in den alten Kurs, dessen Hauptstützen Koltschak und Denikin sind, aber gar nicht in Betracht gezogen. An die Stelle der Diktatur des Proletariats soll demnach nur eine Demokratie treten, die stark links orientiert ist. Bei dieser Sachlage gewinnt man Verständnis für eine Darstellung, welche der Führer der englischen Militärexpedition in den baltischen Staaten, General Gough vor einiger Zeit in der Oxford Review gegeben hat und in der u. a. zu lesen war: Im Gegensatz zu allem, was in der englischen Presse geschrieben wurde, besteht kein Zweifel, dass die Mehrheit der Russen die rote Regierung einer weißen vorzieht. Ohne in ihren politischen Anschauungen eigentlich bolschewistisch zu sein, sind die Russen empfindlich, der Rückkehr der früheren herrschenden Klassen in die Regierung zu verhindern; wenn sie gezwungen werden zu wählen, ziehen sie, wie es sich augenblicklich zeigt, eine bolschewistische Herrschaft vor. Sie sind auch von dem Gefühl befeelt, dass sie gegen eine fremde Einmischung kämpfen, die darauf abzielt, ihnen wieder eine Regierung aufzuzwingen, die sie nicht wünschen. Die bolschewistische Regierung zeigt sich, wie auch ihre politischen Feinde in der Vergangenheit gewesen sein mögen, jetzt in ihrer und Paris wie liberaler. Der Privatbesitz, besonders das Landeigentum der Bauern wird, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, von ihr zugelassen; deshalb findet sie unter dem Volk viele Anhänger. Zu fürchten hat England, dass es den Deutschen auf Betreiben ihrer militärischen Kreise gelingt, das Volkstum zu kolonisieren und dort eine starke Armee zu halten, die befähigt wäre, im Bunde mit den weißen Russen, Judenitsh und Denikin, das rote Rußland zu erobern. (Das Volkstum ist bekanntlich german.) Der oberflächliche Beurteiler könnte glauben, dass das beste Mittel, solchen deutschen Plänen (die gar nicht bestehen) entgegenzuwirken, darin bestünde, dass England fortfährt, die weißen Russen zu unterstützen, um sich deren gute Meinung zu erhalten. Wenn man hiernach verfahren wollte, müsste England ungeheure finanzielle Opfer bringen; diese würden nicht einmal ausreichend sein. Truppen müssten in großer Zahl entsandt werden. Wenn dann wirklich die Weißen nach langem Kampf zur Macht gebracht wären, müsste mit dem Ausbruch einer neuen Revolution bei der ersten günstigen Gelegenheit gerechnet werden. Am Schlusse heißt es: England muß alle jetzt in Rußland bestehenden Regierungen anerkennen und ihnen die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung in ihren Bezirken auferlegen. Militärische Hilfe darf keinem dieser Teile gewährt werden. Waffen und Ausrüstung würden ihnen nur insoweit zu liefern sein — und zwar gegen Bezahlung — als sie deren zur Abwehr von Angriffen bedürfen. Rußlands Glück liegt nicht in der Erneuerung eines großen geeinten Staates, sondern in Dezentralisation und Demokratie.

Diese Auffassung des Generals Gough gewährt einen Nachschub, mit dem man die englische Politik im Osten messen kann.

Deutschland.

Keine Volksabstimmung in Oberschlesien? Vor kurzem wurde nach Zeitungsberichten in einer Ausschussung des schlesischen Provinzialparlaments für Finanz- und Kanalschiffahrt ein Gerücht mitgeteilt, nach dem der Verband an der Erhaltung Oberschlesiens in seiner heutigen Verfassungslage ein großes Interesse habe. Den vorliegenden Beschanden heimatsortlicher Oberschlesier sind daraufhin von den verschiedensten Seiten, meist von Oberschlesiern im Reich, Anfragen zugegangen, ob der im ersten Schritt fortgeschrittenen brennenden Zusammenfassung der Abstammungsrechtigten in diesem Falle überhaupt noch Zweck habe. Um allen etwaigen Fehlschlüssen vorzubeugen und Störungen der Auslieferungsarbeit zu vermeiden, muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß es sich lediglich um unrichtige Gerüchte handelt. Daß der Verband mit Verfolgung einer unter polnischer Herrschaft mit Sicherheit zu erwartenden Minderung der ober-schlesischen, und somit auch der schon an sich schwer bedrohten internationalen Produktion entgegensteht, ist allgemein bekannt. Politische Forderungen sind aber aus dieser Erkenntnis noch nicht gezogen worden, so daß jedes Nachlassen in der Oberschlesienbewegung im Reich eine schwere Gefährdung der Heimat und damit der gesamten deutschen Wirtschaftskraft bedeuten würde.

Die Verkehrsleistungen der Eisenbahn betragen jetzt laut Berliner Lokal-Anzeiger 63 Prozent gegenüber denen der Friedenszeiten. Der Güterverkehr erreichte ungefähr 80 Prozent der Friedensleistung. Wenn trotzdem starke Störungen im Wirtschaftseisen noch nicht gehoben sind, so ist das im wesentlichen eine Folge der Verpfändung der Eisenbahnverwaltung, vor allem die Lebensmittellieferungen über weit ausgedehnte Strecken auszuführen als in Friedenszeiten. Unzählige Kohlen werden verfahren, zahllose Güterzüge beansprucht, die im Frieden anderen Zwecken dienen konnten.

In der Reichsratsitzung vom Donnerstag unter Vorsitz des Ministers Dr. David Wies ein Vertreter Preußens darauf hin, daß der Beschlusse zur Sicherung einer einheitlichen Regelung in Besoldungsangelegenheiten, das sogenannte Sperrgesetz, dem der Reichsrat bekanntlich nicht

zugestimmt habe, dennoch der Nationalversammlung als Regierungsvorlage zugegangen sei. Er habe sich sofort mit dem Finanzministerium in Verbindung gesetzt. Es sei ihm geantwortet worden, es handle sich um ein Versehen. Der Präsident der Nationalversammlung sei schon benachrichtigt, daß die Vorlage zurückgezogen werde. Die Preussische Regierung müsse besonderen Wert darauf legen, diesen Sachverhalt in der Öffentlichkeit feststellen zu lassen, weil sie auf mehrfachen, aus der Preussischen Landesversammlung an sie herangetragenen Wunsch erst gestern früh eine amtliche Notiz, daß von der Vorlage des Sperrgesetzes abgesehen worden sei, zur Berichtigung der beteiligten Kreise, namentlich in den Gemeinden, der Presse übergeben habe. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß dieses das Vorkommnis bedauere. Die Ueberfülle von Arbeit habe trotz des Mißverständnisses im Büro verschuldet. — Angenommen wurde die Aufhebung der Verordnung über den Verkehr mit Wild und Hühnern. Die Zwangsbeurteilung der Hühner wird hiernach aufgehoben, ebenso die teilweise Zwangsbeurteilung des Wildes. Infolgedessen fallen auch die bisher festgesetzten Höchstpreise, wobei aber der Wirtschaftsminister ermächtigt wird, eventuell Preise für den Großhandel festzusetzen.

Der Schutz und für Grenz- und Auslands- deutsche veranstaltete in Berlin eine Versammlung im Reichstagsgebäude, die sich zu einer einmütigen Kundgebung des gesamten deutschen Volkes für die bedrohten deutschen Gebiete gestaltete. Der Präsident der Nationalversammlung und der Vorsitzende der Preussischen Landesversammlung hielten Ansprachen. Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution unter Beifall angenommen: Nach dem Friedensvertrag von Versailles sind in Schleswig, Ost- und Westpreußen, sowie in Oberschlesien viele Tausende Grenzdeutsche stimmungsberechtigt, die zerstreut im Reich wohnen. Damit sie von ihrem Abstammungsrecht gemäß dem im Friedensvertrag festgelegten Normen Gebrauch machen können, müssen sie die Rechte als Abstammungsgebiet antreten, um an ihrem Geburtsort abzustimmen. Die dadurch entstehenden Kosten aufzubringen, ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Die Mittel sollen durch eine freiwillige Sammlung des deutschen Schulbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen beschafft werden, um dadurch den Grenzdeutschen zu zeigen, daß das ganze Vaterland bereit ist, diese Gebiete bei Deutschland zu erhalten. Dieses Streben muß alle Deutschen, ohne Unterschied der Parteien, einen. Das deutsche Volk muß seine Kraft einsetzen zur Durchführung der großen politischen Aufgabe der Erhaltung der Abstammungsgebiete beim Reich.

Das Reichsnotopfer und der Verband. Zu den Erörterungen in der preussischen Landesversammlung und in der Nationalversammlung wird der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus dem Reichsjustizministerium mitgeteilt, der Reichsjustizminister vertrete die Ansicht, daß das Gesetz über das Reichsnotopfer in seiner jetzt beschlossenen Fassung dem Verband weder mittelbar noch unmittelbar ein Recht auf Erfassung des Ertrags des Notopfers gebe. Diese Ansicht stehe im Einklang mit allen von dem Reichsjustizministerium in der Angelegenheit erstatteten Gutachten.

Die Brotpreisfrage. Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung setzte am Donnerstag seine Beratung über den Entwurf einer Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln fort. Ein unabhängiger Sozialdemokrat wandte sich gegen die Vorlage und empfahl Zwangsablieferungsvereinigungen. Ein demokratischer Abgeordneter bemerkte, daß die bisherigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ungenügend wären. Man müsse die Vorlage annehmen und nebenher eine Kommission einsetzen zur Untersuchung der Produktionskosten. Der Reichswirtschaftsminister erklärte, daß man um die Vorlage nicht herumkomme. Der Reichsarbeitsminister werde die Unternehmer veranlassen Lohnhöhungen vorzunehmen, damit für die Arbeiter die erhöhten Lebensmittelpreise ausgleichend würden. Ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei trat für die Vorlage ein, verlangte aber, daß zukünftig nicht noch einmal Prämien gewährt würden; man solle von vornherein gerechte Preise festsetzen. Nach weiterer Aussprache wurde die Regierungsvorlage unverändert angenommen. Ebenso ein Antrag der Sozialdemokraten, wonach eine Kommission zur Prüfung der landwirtschaftlichen Produktionskosten eingesetzt werden soll. Der Ausschuss nahm dann noch die Verordnung zur Förderung der Zuckerverzehrung und des Zuckerrübenanbaues unverändert an. — In der Sitzung des Aufsichtsrates der Reichsgetreidekasse haben die Vertreter der Städte mit größtem Nachdruck Einspruch dagegen erhoben, daß der Reichsrat die Einführung der Ablieferungsprämie und die Erhöhung der Brotpreise beschließen hat, ohne den Aufsichtsrat, dem nach der Reichsgetreideordnung ein Mitwirkungsrecht zusteht, auch nur zu fragen. Nicht minder nachdrücklich Verwahrung erhoben sie dagegen, daß die Lasten dieser neuen Maßregel wiederum ausschließlich auf die Schultern der Verbraucher gelegt werden, und daß sogar die Verbilligung, welche das Reich dem Brotpreis bisher hat zuteil werden lassen, bei dieser Gelegenheit weggelassen soll. Es wurde auf Antrag der Städte beschlossen, vom Reich das volle Entree für die Kosten der Ablieferungsprämien einschließlich des bisherigen Zuschusses zu verlangen. Einem von schwerindustrieller Seite gestellten Antrag auf Abbau der Zwangswirtschaft unter Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise traten die Vertreter der Verbraucher aufs schärfste entgegen. Es wurde beschlossen, die Regierung um eine Aussprache im nächsten Kreise über die künftige Gestaltung der Ernährungspolitik zu erindern.

Neuorganisation des Deutschen Zollwesens

Die Neuorganisation des deutschen Zollwesens an der schiffahrtshingehenden und der Saargrenze trat am 15. 11. mittags in Kraft. Alle Eisenbahnlinien, die die deutsche Zollgrenze durchqueren, sind als Zollgrenzlinien zu betrachten. Die Zollverwaltung hat an allen Eisenbahnschnittpunkten Zollabfertigungsstellen für den Durchgangsverkehr eingerichtet. Auf den pfälzischen Stationen sind nachfolgende Abfertigungsstellen in Tätigkeit:

1. Strecke Homberg, Bad Münster, Waldmohr (Reisende und Güter).
2. Strecke Homberg, Kaiserslautern, Bruchmühlbach (Reisende und Güter). Für den Lokalverkehr ist in Eichel-Schuld-Bahnhof ein Abfertigungsbüro eingerichtet.
3. Strecke Homberg-Zweibrücken, Saarbrücken-Zweibrücken und Saargebiet-Zweibrücken (Reisende und Güter).
4. Strecke Weisenburg-Vandau, Zollabfertigung in Winden (Reisende und Güter). Eine besondere Stelle wird für den Reisendenverkehr zwischen Kapsmeyer und Schaid-Stempel eingerichtet.
5. Strecke Lauterburg-Germersheim, Zollabfertigung in Berg (Reisende) und in Worths (Güter).

Alle in beiden Richtungen in den Eisenbahnhöfen ankommende Züge halten; sie fahren erst nach Erledigung der Zollformalitäten wieder ab. In den Personenzügen geschieht die Abfertigung der Reisenden selbst und ihres Gepäcks. In den Güterzügen findet die Abfertigung statt des aufgegebenen Gepäcks und der Reisenden, die bis zur Grenze fahren oder den Zug dort bestiegen. Das aufgegebenes Gepäck wird durch das Bahnpersonal zu den Zollhallen und nach Durchsichtung zum Zuge zurückgebracht.

Die Gepäcksbesitzer haben sich in der Zollhalle zu befinden. Wenn während der zollamtlichen Abfertigung der Eigentümer nicht anwesend ist, bleibt das Gepäck auf der Grenzstation, falls der Bestimmungsbahnhof keine Zollstation hat. In letzterem Falle wird das Gepäck nach dieser Station aufgegeben, wo der Reisende sich zur Zollabfertigung einzufinden hat. Alle Sendungen nach oder von dem Saargebiet werden als solche nach oder vom Ausland betrachtet und sind zulässig nur dann, wenn sie wie alle den Zollabgaben unterworfenen Waren zollamtlich abgefertigt sind.

Die Einrichtungen neuer Zollabfertigungsstellen bringen naturgemäß eine Verzögerung bezw. Verpätung im Eisenbahnverkehr mit sich. Die Züge müssen infolge dieser Abfertigung entsprechend länger verweilen. Dieses Halten kann nicht vermieden werden und wird auch im nächsten Fahrplan berücksichtigt. Der derzeitige Fahrplan bleibt in Kraft, bis die zur zollamtlichen Abfertigung benötigten Durchsichtszettel festgestellt ist. Die Reisenden werden ersucht, den Anordnungen der Bahn- und Zollbehörden Folge zu leisten gemäß den Bestimmungen im Friedensvertrag. Wenn jeder guten Willen zeigt, wird die Abfertigung erleichtert.

Die Ablieferungsprämien.

Durch eine Verordnung, die unter Zustimmung des Reichsrates und des Reichsausschusses der Nationalversammlung erlassen wird, sind mit sofortiger Wirkung neue Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln eingeführt worden. Das Prämienstufen ist im Hinblick auf die Preissteigerungen, die durch Kohlenmangel und Transporterhöhungen entstanden sind, der zweckmäßige und erfolgversprechendste Weg zur Erzielung der unbedingt notwendigen Steigerung der Ablieferung. Den erheblichen gesteigerten Erzeugungskosten gegenüber ist dabei gleichzeitig Rechnung getragen worden. Es darf nicht verkannt werden, daß ein Ersatz etwaiger Fehlschlägen durch überhöhten Waren bei dem großen Getreidebedarf aller europäischen Staaten und der Knappheit des Schiffsraumes und bei der schwierigen Finanzierung kaum in Betracht kommen kann. Überdies würde der Preis des ausländischen Getreides bei dem Tiefstand unserer Valuta nacheinander das fünffache des Preises für das inländische Getreide betragen. Auch würde der Ersatz erheblicher Mengen inländischen Getreides in der Brotbrotfrage einen Mißstand darstellen, das von keiner verantwortlichen Stelle getragen werden könne. Deshalb darf kein Mittel unberührt bleiben, den Brotgetreidebedarf und den Kartoffelbedarf aus der eigenen Ernte zu decken.

Eva.

Robelle von Helmut von Ror.

Nachdruck verboten

„Sie lieben Sie? — Und oom?“
„Sie werden nach diesem Geständnis zugeben, daß es keine andere Möglichkeit als die von mir erwähnte gibt. — Sie haben mich so über Gebühr gütig behandelt, daß ich Ihnen volle Offenheit schulde. Der Unterschied in der sozialen Stellung hätte mich nicht abgehalten, um Ihr Fräulein Tochter der Ihnen zu werben, wenn ich hätte glauben können, daß ich Ihre Zuneigung besäße. Statt dessen empfindet sie — wie ich es nicht anders verdient habe — nur Abscheu gegen mich. Und unter diesen Umständen muß ich natürlich fortgehen.“

Da stand der Gutsheer auf und legte dem jungen Mann seine Hand auf die Schulter.

„Nun, Herr Doktor — wie es auch kommen mag, Sie haben sich jedenfalls als ein Ehrenmann bewiesen. Und ich will Ihnen Ihre Offenheit vergelten. Wenn ich statt des Gegenteils gehört hätte, daß meine Tochter Sie liebte, so hätte ich Sie als meinen Schwiegerjohn aufgenommen. Ich habe nur Gutes von Ihnen gehört, und ich bin nicht so engherzig, auf den Adel allzu großes Gewicht zu legen. Auf Vermögen brauche ich ja — dem Himmel sei's gedankt — nicht zu sehen. Ich weiß, daß Sie nichts haben, aber ich weiß auch, daß Sie sich und Ihre Frau hätten aus eigener Kraft erhalten können, und das hätte mir genügt.“

Herbert Schweighoff war womöglich noch bleicher geworden. Und mühsam nur brachte er heraus:

„Ich danke Ihnen — danke Ihnen für Ihre große Güte. Aber nun — nun darf ich wohl gehen. Ich — ich —“
„Ohne nach Ihrer Patientin zu sehen? — Nichts da, mein Freund. Ich will meinen Diener nicht umsonst in den Regen hinausgeschickt haben.“

„Herr von Sidow —“
„Himmelwetter — über euch närrische Menschenkinder! Das lebt sich und will sich mit aller Gewalt nicht zusammenbringen lassen! — Jetzt kommen Sie einmal mit, und keine Widerrede, das bitte ich mich aus!“

Er faßte den jungen Arzt unter den Arm und schleppte ihn mit sich fort. Und Herbert Schweighoff folgte ihm willenslos, wie ein Betäubter.

„So — da ist der Verbrecher, Eva! — Jetzt sage ihm noch einmal, wie grenzenlos du ihn hasst. Und wenn

Bei Brotgetreide steht die Prämie bei Erfüllung von 70 Prozent des Mindestablieferungsolls ein und wird auf die gesamte bereits erfolgte Lieferung nachgezahlt. Die Prämie beträgt bei Erfüllung von 70 Prozent des Ablieferungsolls zwei Mark für den Zentner Getreide, bei achtzig Prozent vier Mark, bei neunzig Prozent sechs Mark, bei 95 Prozent acht Mark, bei 100 Prozent zehn Mark, bei 105 Prozent zwölf Mark, bei 110 Prozent 15 Mark.

Die Kartoffelablieferungsprämie beginnt schon bei 50 Prozent des Ablieferungsolls und wird dann gestaffelt von zehn zu zehn mit 2, 2, 3, 3,50 und 4 Mark für jeden mehr abgelieferten Zentner und 5 Mark für jeden über 100 Prozent abgelieferten Zentner. Die Zuschläge für die Lieferung über 50 Prozent werden auch dem Landwirt gezahlt, der bei dem Erlaß der Verordnung 50 Prozent des Kartoffelablieferungsolls abgeliefert hat. Die Übernahme der Prämienkosten auf das Reich und die Kommunen war unmöglich. Man hat sich bei dem Erlaß dieser Verordnung den großen Bedenken, die gegen die Preissteigerung bei den wichtigen Lebensmitteln sprechen, gewiß nicht verschlossen. Die Mehrlieferung muß jedoch getragen werden, wenn verhindert werden soll, daß gegen Ende des Wirtschaftsjahres auch noch Auslandsware zu bedeutend höheren Preisen vorhanden ist, die für die breite Masse des Volkes unerträglich sein würden.

Der Erlaß über die Mietpreise.

Der vor einiger Zeit angekündigte Erlaß über die Einführung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen ist nunmehr in Kraft getreten. Die Festsetzung der Höchstmieten wird, wie wir schon damals angeführt haben, nicht den Zentralbehörden vorbehalten, sondern bleibt den Vorständen der Gemeinden oder dem Wohnungsverband überlassen. Aber diese sind verpflichtet, solche Begrenzungen nach oben einzuführen, wenn es sich um Orte mit mehr als 2000 Einwohnern handelt, die für Wohnnotstandsbezirke erklärt sind. Die Vorstände haben sich mit den Vorständen der Eingangsämter ins Benehmen zu setzen und auch einen Ausschuss der Stadtwortführerbestimmungen, der zur Hälfte aus Hausbesitzern und Mietern besteht, vorher anzuhören. Für kleinere Gemeinden ist die Einführung von Höchstmieten fakultativ, und zwar geschieht sie hier durch Beschluß der Kreisverordnungen. Keine Höchstgrenze haben die Höchstpreise für Neubauten, die nach dem 1. Januar 1917 fertiggestellt worden sind. Ueber den weiteren Inhalt der Verordnung entnehmen wir einem Bericht der Vossischen Zeitung noch folgendes: Ausgegangen wird von dem Mietpreis, der am 1. Juli 1914 für die Mieträume vereinbart gewesen ist. War er außergewöhnlich niedrig oder hatte eine solche Vereinbarung noch nicht stattgefunden, so wird der Mietzins zugrunde gelegt, der an dem genannten Tage ordnungsgemäß gewesen ist. Zu dem so festgesetzten Mietpreis wird ein prozentualer Zuschlag bestimmt, und der Betrag, der sich auf diese Weise ergibt, darf also in der Regel nicht überschritten werden. Mieten, welche die Höchstgrenzen überschreiten, ermäßigen sich bis zu diesem vom nächsten Zahlungstermin an. Im übrigen aber bleiben die laufenden Mietverträge von der neuen Anordnung unberührt. Damit der Mieter in die Lage versetzt wird, zu prüfen, ob nicht der Wert von ihm eine zu hohe Miete verlangt, hat er das Recht auf Auskunft darüber, wie hoch die Miete für seine Wohnung am 1. Juli 1914 gewesen ist, und er kann verlangen, daß ihm nötigenfalls der für die damalige Zeit geltende Mietwert vorgelegt werde. Auf seinen Antrag muß der Vermieter sogar seine Angaben vor dem Mietungsamt eideschwörend bekräftigen. Eine Reihe von Sondervorschriften ist für die Mieträume mit Zentralheizung und Warmwasserheizung getroffen. Ist hier der eigentliche Mietzins durch die Schiedsstelle von der Nebenleistung für Zentralheizung oder Warmwasserheizung getrennt, so sind für den Mietzins die Bestimmungen über die Höchstpreise maßgebend, während die Nebenleistungen wie bisher von der Schiedsstelle bestimmt werden. Eine solche Trennung hat stattgefunden, insoweit die letzten Preisvereinbarungen über derartige Mietverträge nach dem 25. Juni 1919 abgeschlossen sind. Besondere Hervorhebung verdient, daß hier zum erstenmal von beidseitiger Seite ein Mieterausgleich vorgesehen wird. Er hat aus höchstens drei Personen zu bestehen, und ihm sind die Bücher, die der Vermieter über die Kosten für Heizung und Warmwasserheizung führen muß, von Zeit zu Zeit vorzulegen, und an Hand der Bücher stellen Vermieter und Mieterauschuss gemeinsam die Kosten fest. Die Verordnung bestimmt weiter, daß als Mietzins nicht nur die von dem Mieter zu leistende Zahlung des Pachtbetrags, sondern auch jede geldwerte Leistung an den Vermieter zu gelten habe,

du's ihm gesagt hast, dann gib ihm den Schlüssel zurück, den er dir so heimtückisch aufgedrungen hat. Du wirst ihn am Ende doch nicht behalten wollen!“

Ein Aufschrei hatte ihm geantwortet. Doktor Herbert Schweighoff aber kniete plötzlich neben ihrem Lager. Und in heißen Worten sagte er:

„Fräulein Eva — verabscheuen Sie mich denn wirklich so sehr? — Können Sie mir gar nicht verzeihen, was ich getan habe — können Sie mir nicht ein ganz klein wenig gut sein? — Ich habe Sie ja so lieb!“

Da schluchzte sie auf — aus tiefstem Herzen. — Aber sie war ein gehorsames Kind — und sie wollte auch nicht sterben, ohne ihm jenes aufgedrungene Gut zurückzugeben, das ihr so bitteren Kummer verursacht hatte. Und sie tat, wie es ihr Vater verlangte.

Draußen wirbelten lustig die weißen Flocken, legten sich sanft und leise auf den Boden und hüllten die Erde in ein prächtig glitzerndes und funkelndes Gewand. Die Äste der Tannen beugten sich unter der Last des Schnees, und zuweilen brach tragend ein Ast, dem allzuviel aufgeladen war von der kalten Bürde.

Draußen in Eva von Sidows Mädchenstübchen war's traumhaft warm. Das Feuer knisterte und prasselte im Ofen. Ein leiser Duft frischgebackenen Kuchens war von der Küche her eingedrungen und erzählte von naher Weihnachtsfröhlichkeit. Eva lehnte sich behaglich in ihrem Sesselchen zurück, schlang die Hände um die hochgezogenen Knie und sah träumerisch vor sich hin. Die kleine Elise Lorenz, ihre beste Freundin, die vor ein paar Tagen zu längerem Besuch auf das Gut gekommen, sah am Nachmittag und stichelte eifrig an einer Handarbeit.

Plötzlich zuckte es um Evas Mundwinkel. Ein Gedanke mußte ihr gekommen sein, der sie still belustigte. Dann sagte sie:

„Denkst du noch an unser Gespräch in der Stadt, Elise — damals im Sommer? — Ueber das Küßen?“

Die kleine Elise seufzte tief auf.

„Ach Gott, ja — ich habe schon den ganzen Tag daran gedacht!“ erwiderte sie in einem sonderbar trübseligen Ton. Eva sah sie erstaunt an.

„Warum mußt du denn da so stöhnen? — Mir fiel nur eben ein, daß der Termin da ist, wo wir drei beichten sollen. Wir werden wohl nicht darum kommen — das

besonders die Uebernahme der Reparaturkosten, die nach dem Gesetz dem Vermieter obliegen würde. Da es Fälle geben kann, in denen die Höchstpreise den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen, so ist dem Mietungsamt die Möglichkeit gegeben, einerseits den Mietzins unter demjenigen festzusetzen, der allgemein als angemessen erkannt ist, andererseits aber zugunsten des Hauswirts über den Höchstpreis der Miete unter bestimmten Voraussetzungen hinauszugehen, nämlich dann, wenn ohne einen besonderen Zuschlag der Vermieter bei der Verwaltung seines Grundstücks unverschuldete Zubußen leisten müßte und außerdem diese nur durch notwendige bauliche Instandsetzungsarbeiten oder durch Erhöhung der vom Grundstück zu entrichtenden öffentlich-rechtlichen Abgaben verursacht sind.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die Festhaltung deutscher Kriegsgefangener. Die Times meldet, daß nach einer Erklärung Lloyd Georges in Glasgow am letzten Montag die Verbündeten alle diejenigen deutschen Kriegsgefangenen, die sich als Offiziere und Mannschaften Verbrechen im Kriege schuldig gemacht haben, nicht zurückkehren lassen werden, bevor nicht Urteil und Strafe vollstreckt ist. In England handelt es sich fast um 1000, in Frankreich um mehrere 1000 deutsche Kriegsgefangene.

Die Antwort der Entente. Die Verhandlungen der deutschen Sonderabordnung in Paris haben Rücksichten in Berlin erforderlich gemacht. Infolgedessen ist mit einer Verzögerung der Antwort des Verbandes zu rechnen. — Nach den aus Paris vorliegenden Meldungen haben die dortigen Verhandlungen einen bis jetzt befriedigenden Verlauf genommen. Es läßt sich nicht verkennen, daß auch bei der Entente das Bestreben vorhanden ist, die Verhandlungen zu einem brauchbaren Abschluß zu bringen. Eine Entscheidung kann aber bei diesen Verhandlungen nicht herbeigeführt werden, da die augenblickliche Verhandlungskommission nicht befugt ist, endgültige Entscheidungen zu treffen. Die vorgebrachten Mitteilungen werden erst dem Obersten Rat vorgelegt werden, der dann ein entscheidendes Rottum abgeben wird. Die Entscheidung des Obersten Rates ausfallen wird, läßt sich natürlich heute noch nicht sagen, und man wird gut tun, solange man die Stellungnahme zu untern Botschlägen noch nicht weiß, sich nicht auf bestimmte Fortsetzungen einzustellen.

England.

Ein Aufstand in Indien. Der Telegraph meldet aus London, daß die amtliche Veröffentlichung über die Unruhen in Amritsar (Indien), bei denen General Dyer auf eine Menge von 5000 unbewaffnete Eingeborene Schnellfeuer eröffnete, mit dem Erfolge, daß 450 getötet wurden, großes Aufsehen erregt habe. Westminster Gazette meint: Was hätte man gesagt, wenn ein deutscher Offizier so aufgetreten wäre. Times schreibt, man verhe nicht, daß diese Tatsache neun Monate lang geheim gehalten wurde. Star spricht von einem entsetzlichen Schicksal. — Der Vorgang erinnert lebhaft an die „Schlacht“ von Dumdum.

Attentat auf den Vizekönig von Irland. Nach einer Meldung der Agentur Havas wurde am Freitag in Dublin auf den Vizekönig von Irland, Marshall Brench, ein Attentat verübt, das ihn aber nicht verletzte.

Frankreich.

Deschanel Kammerpräsident. Die Wahl Deschanel, der mit 476 von 506 Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt wurde, wurde einstimmig mit lang anhaltendem Beifall begrüßt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Rapoult Porot mit 392, Anor: Lefebvre Rago mit 365 und Lefebvre du Prey mit 247 Stimmen.

Ration der Arbeiterpartei. Die Gründung einer Arbeiterpartei, deren Aufgabe es sein soll, auf nationaler Grundlage die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, ist beschlossen worden. Die Gründer sind die rechtsstehenden sozialistischen Abgeordneten, die sich von den unifizierten Sozialisten bei den letzten Kammerwahlen getrennt haben. Es sollen aber auch einige unifizierten Sozialisten an der Gründung teilgenommen haben, deren endgültige Entscheidung jedoch noch aussteht. Als Führer der neuen Partei werden u. a. Rozier und Brunet genannt.

ganze Kränzchen hat's ja nachher erfahren, und sie vergessen es gewiß nicht.“

„Nein, sie vergessen es nicht.“
Eva hob sich ein wenig.

„Was hast du eigentlich?“ fragte sie. „Du bist schon gestern so trübselig gewesen.“

Elise Lorenz ließ die Handarbeit sinken und wandte ihr das runde Gesicht zu, das einen sehr bestimmten Ausdruck zeigte.

„Ich kann es dir ja auch gleich sagen — in ein paar Tagen mußt ich es ja doch. Hättest ihr doch nur diese schreckliche Verabredung nicht getroffen! Dir macht es freilich nichts. Du bist ja bald nachher Schweighoffs Braut geworden und wirst im Februar heiraten — da hat dich gewiß kein anderer geküßt. — Aber ich —!“

Evas Gesicht, das die Farbe rosigter Gesundheit zeigte, nahm einen ungeheuer gespannten Ausdruck an. Sie stand auf und legte der Freundin den Arm um die Schulter.

„Aber du? Du bist —?“

„Ach, ja doch — ja!“ sagte die kleine Elise. „Du weißt doch, daß dein Vetter Kurt mir in der letzten Zeit so nachging. Und gestern — wie wir zusammen den Tannenbaum für die Bescherung der Kinder aus dem Erholungsheim schmückten — und wie wir einen Augenblick allein blieben — da hat er — mich — geküßt! — O, es ist ganz schrecklich!“

Da lachte Eva von Sidow fröhlich auf — lachte so aus Herzensgrund, daß ihr die Tränen in die Augen kamen.

„Schrecklich?“ sagte sie. „Was soll denn dabei schrecklich sein?“

In grenzenlosem Staunen sah Elise auf.

„Aber du hast doch damals selbst —“
„Darüber denkst —“

Die große Eva errötete. Und sie beugte sich herab, den Mund der anderen mit einem Kuß zu schließen.

„Damals war ich ein ganz dummes Mädel,“ flüsterte sie ihr dann in die Ohren. „Und du bist jetzt ein ganz dummes Mädel. Denn so ein Kuß — so ein Kuß ist doch am Ende das Schönste, was man haben kann.“

Ende.

Provinz und Stadtvergeboten

Aus dem Kreise Westerburg, 18. Dez. Am 8. Nov. Del-Mat Schmitt in Nollberg einflussig von dem zum Vordrat des Kreises Westerburg gewählt. Diese wurde von der Kreisbevölkerung und weit darüber hinaus freudig begrüßt. Trotz dieser einstimmigen Wahl hat Schmitt des Innern einen kommissarischen Vordrat für Westerburg ernannt, sich also um die Stimmung der Bevölkerung nicht gekümmert, sondern nur ein Diktator einfach verfügt. Westerwälder Volk wird durch Vordrat des Kreises veranlaßt, der Angelegenheit nachzugehen und nach dem Rechten zu handeln.

Frankfurt a. M., 18. Dez. In der Rembrandtstraße Mittwochsabend gegen 8 Uhr eine Dame von einem Bürger fallen und ihres Pelzmantels und ihrer Handtasche beraubt.

Frankfurt a. M., 18. Dez. Eine Spielhölle-Zentrale, die Aufdeckung der Spielhöhlen in der GutsMuthsstraße 15 in Kriminalpolizei einem weitverzweigten Netz von Spielhöhlen, die die Spur gekommen, deren Fäden alle in den Händen der hiesigen Berliner Schieber zusammenlaufen. Es sind die hiesigen Max Biber und August Regner, die ihre Hauptgeschäfte lediglich in der Gründung von Spielhöhlen und harmlosen Ausbäumen zu erblicken scheinen. Aus den bei Ehrenmännern vorgefundenen Papieren geht zweifellos hervor, daß die berüchtigten Spielhöhlen in Berlin, Oberhof, Kassel, Danzig, Hamburg und neuerdings auch in Bad Ems auf Biber und Regner zurückzuführen sind. Im Verlauf der beiden Schieber fand man bedeutende Geldsummen, an Geld aber auch viele Zahlungsaufforderungen von Männern verschiedener Art. An dem Unternehmen in Frankfurt bekannte und berüchtigte Glücksspieler beteiligt. Die des Schicksals will es auch, daß unter den Mitgliedern der hiesigen Herausgeber der bekannten „Fackel“, J. B. Müller-Herrfurth, mit einem in der Liste steht: Herr, der seit Monaten in der „Fackel“ die Polizei scharf kritisiert, die er namentlich nannte, machte und die Polizei auszuwählen, wenn sie noch nicht eingegriffen hätte. Auf sehr ausgeübte bisher größte Spielhöhle in Frankfurt, deren Existenz die Polizei übrigens schon längere Zeit unterwar, machte die „Fackel“ die Behörden bedeutendweise aufmerksam. Das läßt sehr tief blicken.

Aus dem Unterlahnkreise.

Auf der Lahntalbahn sind mit dem heutigen Tage neue Fahrplanänderungen in Kraft getreten. Man fährt Bad Ems an allen Tagen nach Limburg 11.30 vorm., nachm., 8.00 abends, dazu an Werktagen 5.14 früh, 9.15 abends; nach Koblenz an allen Tagen 6.36 früh, 1.22 mittags, dazu an Werktagen 6.11 früh, 4.56 nachm., 6.27 und 9.40 abends. Außerdem wird der letzte Zug von Limburg, der bisher in Nassau endete, bis Ems durchgeführt und trifft 11.03 nachts ein.

Für Nassau gelten folgende Abfahrtszeiten: in der Richtung Koblenz: 5.55, 6.40, 1.06, 4.33, 6.10, 9.32, 10.43, 11.58; in der Richtung Limburg: 5.53, 6.18, 11.51, 5.12, 8.26, 9.34. Sämtliche Züge fahren nur bis Limburg, 5.12 dagegen bis Gießen. Lassen sich nun unschwer die Abfahrtszeiten für die Stationen errechnen, die uns selber noch nicht mitgeteilt werden konnten.

Eingefandt.

Brennholzversorgung der Familien von Kriegsgenossen. Heute ist es uns bald zur Gewohnheit geworden, aus allen Orten nur Holz und Stroh streuen zu sehen, zur Gewohnheit ist uns dieser Anblick schon geworden, man geht kalt und gleichgültig an allem vorüber. Selbst an den Familien, die ihre Ernährer in diesem Kriege haben oder denen er noch infolge der unglücklichen Verhältnisse in der Gefangenschaft vorenthalten wird. Wie es in den Familien größtenteils aussieht, dürfte zur Genüge bekannt sein. Man hat diese Bilder der Not leider zu oft vor Augen und mit ihnen taucht immer wieder die Frage auf: Wo die Allgemeinheit diesen Familien gerecht? Ja, sie werden von allen Seiten unterstützt. Ist es aber mit der bisherigen Hilfe genug getan? Kann nicht noch viel mehr getan werden, ganz besonders von Seiten der Gemeinden? Ich will nur einen Fall zur Anregung — wenn ich es einmal so sagen will — herausgreifen. Die Gemeinden lassen zur Zeit ihren Waldungen die großen Mengen Holz fallen, die teilweise zu enormen Preisen abgesetzt werden. Sollten solche Familien nicht in der Lage sein, das Brennholz für die oben genannten Familien kostenlos oder doch für die Unkosten abzugeben? Sicherlich würde der Ausfall, der den Gemeinden ausfallen würde, zu ertragen sein, während es diesen Familien direkt unmöglich ist, sich auch nur mit dem alternativen Brennholz einzudecken. W. B.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Der Winter hat sich mit unerhörter Gütigkeit eingestellt. Ein Sturm von ungeheurer Wucht rüttelte an den Häusern, sprengte Fenster auf, riß Dachziegel herunter. Dazu kam der Regen, kurzum ein Wetter, das man keinen Grund die Straße jagen möchte. Hoffentlich hat der Wettergott ein Eingehen, sperrt den Wind ein und schließt die Regenwolken, damit das Weihnachtstages gutes Wetter hat. Dann wird Regen an den Weihnachtstagen, drücken nach der Stimmung auf die Stimmung, und in diesem Jahre noch mehr, die Freude an einem lustig brennenden Ofen recht schwach ist. Eramen. Postgeschäfte Dieh vom hiesigen Postamt die Postassistenten-Prüfung bei der Ober-Postdirektion in Kassel (Main) abgelegt.

Der M. G. Germania wird am 2. Weihnachtstage im Saalbau zur Krone sein Weihnachtstages feiern, verbunden mit Konzert, Theater, Christbaumverlosung und Ball. Der Vorstand unter der Leitung seines Dirigenten Herrn Pfeiffer, der Chöre singen, darunter Waldmorgen von Köllner. Auch er keine Mühe scheuen, um seinen Gästen ein gemächliches Weihnachtsfest zu bieten.

Stemmen und Ringverein. Der Vorstand weist dringend auf die heutige Übungsstunde hin und bittet um recht zahlreiches Erscheinen der Teilnehmer für das Fest in Nibbern am 2. Dezember.

Suche laufend stärkere gesunde

Rischbaum- und Birnbaumrundstämme

zu haben. (970)

Zu melden bei

Heinr. Pfaff, Dausenau.

Gießerei, Eisenhütte u. Altmittel

aufen in jeder Menge zum Selbstverbrauch.

Gauhe, Godel & Cie., G. m. b. H., Oberlahnstein.

Für die Kleinen:
Original-Weck-Einkochapparate.
Ad. Schupp, Ems.

Unsere Diensträume bleiben am Samstag, den 27. Dezember geschlossen.

Landesbankstelle Bad Ems.

Volksbad Ems

am 23. und 24. Dezember geöffnet von 8—12 vormittags und von 2—6 nachmittags

Als schönstes Weihnachtsgehenk

ist eine Bruyere Mutzpeife mit einem Paket bänderolliert, goldgelben Virginy, — Shagtabak.

Auch ist dieser Tabak geeignet für Zigaretten.

Zigarren

als Präsent in Kisten zu 25, 50 und 100 Stück.

Zigaretten

von 6 bis 25 Pfennig.

Reiner Rauchtobak

Adler, Grobschnitt.

Varinas, (Mittelschnitt), De Schippung, (Krüllschnitt) zu haben im

Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt,

Mauerstr. 5. Nassau. Mauerstr. 5.

Dem Zuhörer.

Alle Achtung vor jedem, der seine Meinung offen und ehrlich vertritt. Mehr haben die Herren Henche und Werner nicht getan. Die beiden Herren öffentlich deswegen zu loben, halte ich nicht für nötig und auch nicht für gut, denn Männer, die im richtigen Sinne des Wortes ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, wollen gar nicht gelobt werden. Viel wichtiger für die Allgemeinheit ist, daß die ganze demokratische Fraktion bis jetzt den Willen und die Fähigkeit gezeigt hat, positive Arbeit zu leisten.

Werter Zuhörer! Sie hätten Ihr Geld außerordentlich angelegt und der Allgemeinheit mehr genützt, wenn Sie das untätige Auftreten des Stadtverordneten Herrn Bleichrodt, Herrn Henche gegenüber, in der Ems Zeitung getadelt hätten. Auch wäre ein Ordnungsruf des Herrn Vorsitzenden, Herrn Bleichrodt gegenüber, sehr angebracht gewesen.

Ein demokratischer Zuhörer.

Bad Ems, den 21. Dezember 1919.

Zu der Entschließung der sozialdemokr. Partei vom 13. Dezember

(Siehe Ems Zeitung Nr. 289 vom 16. Dezember.)

Den Vorwurf, daß ich alles daransetze, der sozialdemokratischen Partei ihren geistigen und bewährten Führer, Herrn Kaffine durch eine Verlegung zu rauben, muß ich mit Entschiedenheit als durchaus unzutreffend zurückweisen. Herr Kaffine hat, wie er mir am 18. unter Zeugen versichert hat, keine Abnung von der Entschließung gehabt, die ohne sein Vorwissen und ohne seine Anregung und somit selbstverständlich ohne seine Einwilligung gefaßt worden sei. Er habe davon zuerst am Sonnabend den 13. abends durch seinen aus der Versammlung kommenden Vater Kenntnis erhalten; den Wortlaut der Entschließung habe er erst am folgenden Tage gegen 2 Uhr nachmittags erfahren, als einige Parteimitglieder ihm den selben vorgelegt hätten mit dem Bemerkten, sie hätten diese vormittags mir im Postamt übergeben. Herr Kaffine erklärte ferner, wie er selbst wisse, sei es völlig ausgeschlossen, ihn, was in der Entschließung angegeben wird, dauernd beim Postamt Bad Ems zu beschäftigen. Eine längere Beschäftigung des Herrn Kaffine in Bad Ems liegt aber nicht in seinen Wünschen, denn er selbst hat mir Ende Oktober erklärt, er werde unter allen Umständen zum nächsten Frühjahr seine Verlegung von Bad Ems erstreben. Auf die Beschäftigung des Herrn Kaffine beim hiesigen Postamt auf Grund seiner „Kriegsbeschädigung“ einzugehen, dürfte sich hiernach erübrigen. Weiterhin hat Herr Kaffine mir erklärt, er sei gar nicht sozialdemokratisch; er sei Demokrat und trete für eine demokratische Monarchie ein.

Als Erklärung zu dem Schlußsatz der Entschließung: „Wir sind uns bewußt, daß wir mit unserer Stellungnahme zu den Gerüchten über den Postdirektor im Sinne der Reichsversammlung; und der Regierung und dem für diejenigen Leser, die etwa wie ich seinen Sinn nicht ohne weiteres ergreifen haben, folgendes: Auf meine Anfrage wurde mir von der aus vier Mitgliedern der Partei bestehenden Abordnung, die mir die Entschließung übergeben, gesagt, es sei der Artikel der Reichsversammlung gemeint, der den Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung garantiere. Der Artikel 130 lautet: Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.“

Auf diese Anfragen an mich aus allen Kreisen der Einwohnerschaft und aus allen Parteien erkläre ich, daß Herr Postgehilfe Kaffine laut eines vorliegenden ärztlichen Zeug-

nisses seit dem 31. Oktober krank und dienstunfähig ist. Der hiesige sozialdemokratische Parteivorstand hat sich zur Zeit ganz ergebenst anheim, ob es sich schon aus „rein menschlichen Mitgefühl“ rechtfertigen läßt, einen tranten und dienstunfähigen, in der Verfassung begriffenen Dienstangestellter in so weitem Umfange für eine politische Partei wirken zu lassen, wie sie es (vergl. eigene Angaben des ersten Vorsitzenden Kaffine in der Ems Zeitung Nr. 283 vom 9. 12.) seit dem 30. Oktober durch den Herrn Postgehilfen Kaffine geschehen läßt. Eine so weitgehende anstrengende Inanspruchnahme und Betätigung eines tranten und dienstunfähigen Postgehilfen liegt m. E. weder in dessen persönlichem noch im öffentlichen Interesse und schließlich, da er für die Dauer seiner Krankheit und Dienstunfähigkeit seine vollen Dienstbezüge aus der Reichskasse erhält, auch nicht im Interesse der Allgemeinheit. Langenberg, Postdirektor.

Bad Ems, den 22. Dezember 1919.

Lebensmittelliste für den Stadtbezirk Diez.

Dienstag, den 23. Dezember 1919:

200 Gramm Rubeln das Pfund zu 1,18 Mark gegen Abschluß 14 der Lebensmittelliste in allen Geschäften.

250 Gramm holl. Saffran-Margarine für 3,40 Mark oder

200 Gramm Del für 2,60 Mark gegen Abschluß 8 der Fettkarte.

Mittwoch, den 24. Dezember:

Verkaufsstellen in dieser Woche die Metzgereien: Arndt, Brink, Hessekamp, Knecht, W. Metzger, J. Metzger und Nold.

Vormittags 8—12 Uhr (neue Zeit).

Neujahrswunsch-Ablösung 1920.

Die Liste zur Beteiligung an der Neujahrswunsch-Ablösung liegt im Rathaus, Zimmer 5 zur Einsichtnahme von 19. 10. 1919 ab offen. Der Erlös aus freigegebenen Gaben wird wohltätigen Zwecken zugeführt.

Listenschluß: Samstag, den 27. Dezember, mittags 12 Uhr.

Zur Beteiligung wird ergebenst eingeladen.

Diez, den 17. Dezember 1919.

Der Bürgermeister.

J. B. Hed.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

Chatras, Major.

Bekanntmachung.

Die Gerichte, die vor und insbesondere nach der Einnahme der Stadtverordneten am 15. d. Mts in der Stadt und Umgebung über die Krankenhäuser und die Stellung des Magistrats zu dieser Frage verbreitet wurden und im höchsten Grade dazu beigetragen haben, die Standesbeurteilung der Ärzte zu verlegen, veranlaßt den Magistrat zu der folgenden

Erklärung.

Nachdem Herr Sanitätsrat Dr. Braun infolge Kriegsschädigung leider sich nicht mehr im Stande fühlte, große Operationen auszuführen, hatte die Mehrheit des Magistrats (Ausschuss) den Beschluß gefaßt, die Stelle des Krankenhauses neu zu besetzen und diesfalls auszusuchen, während die übrigen Magistratsmitglieder (Ausschuss) die Ansicht vertraten, dies nicht zu tun, sondern Herrn Dr. Simon die chirurgische Tätigkeit zu übertragen und Herrn Sanitätsrat Dr. Braun unter dem Titel „Chefsatz“ die Behandlung der inneren Krankheiten zu überlassen. Diese Frage allein hat den Magistrat beschäftigt. Gegen beide Ärzte kann in keiner Beziehung auch nur der geringste Vorwurf erhoben werden. Beide haben nach Ansicht sämtlicher Magistratsmitglieder ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Auch liegen gegen dieselben keinerlei persönlichen Gründe vor.

Der Magistratsvertreter hat den Ausschluß der Öffentlichkeit nur beantragt, um die persönlichen Angelegenheiten der Ärzte nicht in der Öffentlichkeit verhandelt zu sehen.

Hiermit war die Mehrheit der Stadtverordneten durchaus einverstanden. Die Stadtverordneten haben in Anbetracht der Wichtigkeit der Angelegenheit beschlossen, eine besondere Kommission mit der Prüfung der Fragen unter Hinzuziehung der beiden Ärzte zu betrauen. Von einem „Ausschluß zur Untersuchung“, wie in einem der Blätter die Rede war, wodurch die ungläubigen Meinungen im Publikum entstanden sind, war überhaupt nicht die Rede und kann auch keine Rede sein.

Diese Erklärung hat vor ihrer Veröffentlichung das Einverständnis der Ärzte gefunden.

Diez, den 18. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

Chatras, Major.

Mädchenfortbildungsschule Diez.

Die nächsten Kurse beginnen am Freitag, den 9. Januar 1920, vormittags 8 Uhr.

Der 1. Kursus behandelt das Zeichnen und Zuschneiden, sowie das Anfertigen von Nähgegenständen aller Art, Plüsch und Ausbessern von Sommerkleidern.

Der 2. Kursus behandelt das Nähen und Zuschneiden der Taille, Plüsch, Röcke, Prinzesskleider, Morgenröcke, Tragen u. s. w. sowie Anfertigung sämtlicher Bekleidungsstücke und umändern.

Im 3. Teil finden die Schülerinnen beider Kurse Unterricht in feinen Handarbeiten, sowie Unterweisung in Lebenskunde, Gesundheits-, Nahrungs-, Mittel- und Berufslehre, Stoff- und Maschinenkunde, sowie Besprechung über Koch- und Haushaltungskunde.

An die Kurse gliedert sich auch ein Tischdecken- und Servierkursus, in Verbindung mit gesellschaftlichen Formen und Sittenlehre. Der Unterricht bezweckt:

1. zu wissen, wie man gesellschaftliche Veranstaltungen aller Art trifft, um sein Personal entsprechend anleiten zu können.

2. das zu lernen, was in besserem wie bürgerlichem Hause vorkommt, um eine repräsentierendere od. dienende Stellung einnehmen zu können (als Hausdame, Stütze, od. besseres Hausmädchen).

Unterweisung in seinem Taseldecken, Tischkutsch, Servieren, Serviettenbrechen, Speisenfolge bei verschiedenen Gelegenheiten.

Das Schulgeld beträgt für 1/2 Jahr: 15 — für 1/2 Jahr 24. — Mark. Anmeldungen nimmt Frau Helene Schmitt, Bahnhofstr. 10 an den Wochentagen Montags- und Donnerstags nachmittags von 4—6 Uhr entgegen.

Der Vorsitzende des Gewerbevereins.

J. B. Heinrich Reisch.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Gatten, unsern lieben treusorgenden Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager und Onkel

Herrn Landwirt Friedrich Dreyling

nach längerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden im 70. Lebensjahre heute nachm. 4 Uhr durch einen sanften Tod zu erlösen.

Freudenz, 20. Dezember 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelmine Dreyling, geb. Heek
Karl Dreyling
Emilie Fachinger Wwe., geb. Dreyling
Emma Dreyling, geb. Fachinger
und Enkel.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. Dezember 1919, nachmittags 3 Uhr (deutsche Zeit) statt. — Besondere Einladungen ergehen nicht.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Goldenen Hochzeit sprechen wir allen, besonders Herrn Pfarrer Kopfermann und dem Bauernverein unsern herzlichsten Dank aus.

Theodor Kaffine u. Frau, Bad Ems.

Weihnachts-Ausstellung

im Café Weber und Schulstr. 15 empfiehlt

R. Wichtrich, Ems

Neue Fahrräder mit u. ohne Bereifung: Fahrradpneumatik. Carbidlaternen für Fahrrad u. Haus in großer Auswahl. Taschenfeuerzeuge, Taschenlampen in jeder Preislage. Batterien. Fussbälle Ia. Leder. Milchcentrifugen, Fleischhackmaschinen, Schrotmühlen, für Handbetrieb. Sämtliche Ersatzteile für Fahrräder u. Nähmaschinen. Maschinennadeln. Oel. Carbid. Bestellungen auf neue Nähmaschinen werden noch angenommen, nächste Woche eintreffend. Reparaturwerkstätte für Schreibmaschinen, Nähmaschinen und Fahrräder

Fritz Biller, Bad Ems, Römerstr. 22

Die Schuhmacher Werk-Rohstoff- u. Einkaufsgenossenschaft von Coblenz unterhält von heute ab in Bad Ems, Römerstr. 61, bei Herrn Louis Maurer eine

Filiale

u. sind dort sämtliche, für die Schuhmacherei notwendigen Leder- u. Bedarfsartikel zu haben.

Bad Ems, den 17. Dez. 1919.

Verein selbst. Schuhm.-Meister, Bad Ems.



Karl Schmidt, Katzenelnbogen.

Grosse Auswahl in

Heren-, Konfirmanden- u. Kinderanzügen,

Tuch- u. Arbeitshosen jeder Art,

— Winterjoppen, —

Hosenstoffen,

Anzugsstoffen,

Damenkleiderstoffen.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom Liebsten was man hat, muß scheiden.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Samstag nachmittags 4 1/2 Uhr unser liebes Söhnchen, Enkelchen und Urenkelchen

Hänschen

im zarten Alter von 3 Monaten zu sich zu rufen

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Joh. Wollschlag u. Frau, geb. Kaiser.

BAD EMS, O-Lahnstein, 22. Dez. 1919.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 2 1/2 Uhr vom Sterbehause, Mühlgasse 5, aus statt.

Für die Feiertage empfiehlt
Hell- und Bayrisch Bier
in Flaschen
Hotel Prinz Carl, Ems.

Rüfer

finden dauernde Beschäftigung
Fabrik Weismühle,
Oberlahnstein. 1971

Einzelne Dame sucht
4 Zimmerwohnung
mit reichlichem Zubehör in gutem Hause. Off. m. Preisangabe unt. 3426 an die Geschäftsst. d. Btg.

Zwei möblierte Zimmer an einzelne Dame zu vermieten. Angebote unter N. 392 an die Geschäftsstelle. 16

Mädchen

gesucht für Hausarbeit bei hohem Lohn und guter Verpflegung. Eintritt jederzeit. G. Garle, Hof Untergutenau bei Rastau.

Kautabak

aus reinem Tabak, dünnen Köstchen
Stück 1,40 M. Preis zu haben im
Zigarrengeschäft
Hnd. Jegenhardt,
Rastau, Römerstr. 5.

Damenfahrrad

Ein gut erhaltenes
zu verkaufen,
zu erl. in der Geschäftsstelle.

Großes Oelgemälde

(von Maria Thins) Preis 800 M.
zu verkaufen
Römerstr. 28 I. Ems.

Ein properes Mädchen,

das selbständig den Haushalt (4 Zimmer) führen u. etwas kochen (kindert. Familie) kann. Vorzuzustellen Coblenz, Roselstr. 1, III.

Dr. G. B. Arndt, Ems.

Heute abend 8 Uhr
Probe.

Alles zur Stelle.
Der Vorstand.

Stemmer- u. Ringverein

Bad Ems,
Heute abend 8 Uhr 30. Min.
Übungsfunde

für das Fest in Riedern. Alles zur Stelle. Kein Mann darf fehlen.
Der Vorstand.

Äpfel

zu verkaufen. 113
Pfeilgraben 9, Ems

Handleiterwagen

bis zur größten und stärksten Ausführung in großer Auswahl empfiehlt

R. Szieleit, Ems,
Coblenzstr. 5. 114

Fran. Heinr. Rahn Ww.
Römerstr. 92, Ems.

empfehlen:
Feinster u. Staubkämme, weiße Stielkämme, Kopf-, Kleider-, Zahn- und Nagelbürsten, Handspiegel, Seifendosen (auch in weiß), Seilen- und Aufsteckkämme, Haarspangen und Nadeln, sowie Salatbesteck und bitten um geneigten Zuspruch.

Villa

mit oder ohne Mobiliar zu kaufen gesucht. Ausführliche Beschreibung mit Preis unt. 391 an die Geschäftsst.

Hotel

mit kompletter Einrichtung Zentralheizung pp zu kaufen gesucht: Offerten mit Preis unt. 1373 a d. Geschäftsst. d. Btg. erbeten.

Sauberes Mädchen in kleinen Haushalten nach Wierdorf b. Aden gesucht. Abheben. Arenbergerstr. 15, Ems

Kaffee
roh u. geröstet

Ceylon Tee
neueste Ernte

Holl. Kakao
garant. rein

Feinsten Holl.

Oberlandkäse
in 1 Pfund Dosen

Feinstes

Maispuder

Maismehl
weiß u. gelb zum Backen

Maisgries

Weizengries

Sultaninen

Corinthen

Calio. Pflaumen

Compotfrüchte

Reineclauden

Birnen

Kirschen

Scherer Cognac

Fst. Magenlikör

Südweine

Malaga Morea

Camerite
empfehlen solange Vorrat

Albert Kautz
Bad Ems Telet. 29

Prima

Bierdefleisch
heute mittag 3 Uhr ab.

Wallaaffe 10, Ems

Puppenperücken
— Engroslager —
1988) — Zeith. Coblenz

Passendes Weihnachts-Angebot

Ulster, Ueberzieher, Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge in verschiedenen Farben und grosser Auswahl. Ferner Kleiderstoffe, Winterwäsche und Velour.

Verkaufe durch früheren Einkauf noch zu billigsten Preisen.

Kaufhaus Albert Isselbacher, Isselbach

Fernruf 29
Amt
Holzappel.